N i e d e r s c h r i f t
PLBUA/IX/28

Niederschrift über die Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses der Gemeinde Rosendahl am 23.11.2017 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend sind:

Der Bürgermeister

Gottheil, Christoph	Bürgermeister

Der Vorsitzende

Lembeck, Guido

Die Ausschussmitglieder

Eimers, Alfred	Vertretung für Herrn Leo Hemker
Espelkott, Tobias	
Gövert, Hermann-Josef	
Kreutzfeldt, Klaus-Peter	
Schulze Baek, Franz-Josef	Vertretung für Herrn Ralf Steindorf
Söller, Hubertus	
Steindorf, Ralf	abwesend ab 19.30 Uhr
Weber, Winfried	
Wigger, Bernhard	

Beratendes Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Förster, Richard

Von der Verwaltung

Brodkorb, Anne	Fachbereichsleiterin
Schlüter, Stephanie	Sachbearbeiterin
Schulz, Alexander	Produktverantwortlicher
Heitz, Marco	Schriftführer

Als Gast zu TOP 6 ö.S.

Herdickerhoff, Claudia	Amprion GmbH
Wewering, Klaus	Amprion GmbH

Als Gast zu TOP 7 ö.S.

Ortmann, Jan	Bode Planungsgesellschaft für Energieeffizienz m.b.H.

Als Gast zu TOP 8 ö.S.

Schulte, Torben

Vermessungsbüro Schemmer, Wülfing, Otte

Es fehlen entschuldigt:

Die Ausschussmitglieder

Hemker, Leo

Beratendes Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Branse, Martin

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 22:00 Uhr

Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Lembeck begrüßt die Ausschussmitglieder, die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie Frau Reher von der Allgemeinen Zeitung.

Er stellt fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 14. November 2017 form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Ausschussmitglied Steindorf bittet um das Vorziehen des TOP 10 - Aufstellung von Pollern im Bereich des Baugebietes Haus Holtwick – als neuen TOP 5 aufgrund der großen Anwesenheit von betroffenen Zuhörerinnen und Zuhörer. Er beantragt eine entsprechende Änderung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Tagesordnungspunkte passen sich in der Reihenfolge und nummerisch entsprechend an.

1 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (1. Teil)

Es werden keine Fragen durch Einwohner gestellt.

2 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO

2.1 Umgang mit Freiflächen auf dem Friedhof im OT Holtwick - Herr Wigger

Ausschussmitglied Wigger möchte wissen, ob die Gräber, bei denen die Nutzungszeit abgelaufen seien, anstatt mit Rasen auch mit anderen Pflanzen bepflanzt werden können.

Fachbereichsleiterin Brodkorb führt aus, dass aufgegebene Einzelgräber mit Rasen eingesät werden da diese so einfacher gepflegt werden können. Bei größeren Freiflächen werde man über eine andere Bepflanzung nachdenken. Sie ergänzt, dass bedacht werden müsse, dass eine andere Bepflanzung einen höheren Pflegeaufwand gegenüber Rasenflächen aufweise.

2.2 Verkehrsfreigabe Ringstraße im OT Holtwick - Herr Espelkott

Ausschussmitglied Espelkott möchte wissen, wann die Verkehrsfreigabe für die Ringstraße im OT Holtwick erfolge.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass in der Straße „Neeland“ noch Restarbeiten nötig seien und deshalb vor Weihnachten der Schulbusverkehr noch nicht wieder über die Ringstraße geführt werden könne. Er ergänzt, dass die Baustraße asphaltiert sei und Anfang 2018 Versorgungsleitungen verlegt werden sollen.

2.3 Wind- und Sturmschäden im OT Osterwick - Herr Espelkott

Ausschussmitglied Espelkott führt aus, dass es im OT Osterwick noch Wind- und Sturmschäden gebe.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass kleinere Schäden bekannt seien und diese bereits vom Bauhof beseitigt worden seien.

2.4 Einkaufsmöglichkeiten im OT Darfeld - Herr Espelkott

Ausschussmitglied Espelkott führt aus, dass der Lebensmitteldiskounter „K + K“ im OT Darfeld durch die Baumaßnahmen wohl acht Wochen geschlossen werde. Er möchte wissen, ob für die Bewohner des OT Darfeld eine Alternative wie z.B. ein Fahr- oder Lebensmittelbringdienst geschaffen werden könne und dieses den Einwohnern bekannt gegeben werden solle.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass mit dem Lebensmitteldiskounter „K + K“ Kontakt bezüglich der Schließung und der Nahversorgung der Einwohner im OT Darfeld aufgenommen worden sei. Es sei denkbar, dass analog zu dem Lebensmitteldiskounter „Edeka“ ein Lebensmittelbringdienst eingerichtet werden könne.

2.5 Pläne für Versorgungsleitungen - Herr Weber

Ausschussmitglied Weber führt aus, dass ihm aufgefallen sei, dass die Pläne für die Versorgungsleitungen teilweise veraltet seien. Er möchte wissen, wie die Pläne mit den Versorgungsleitungen erstellt werden.

Fachbereichsleiterin Brodkorb führt aus, dass bei neuen Erkenntnissen bezüglich Versorgungsleitungen eine Mitteilung an die Stadtwerke Coesfeld GmbH gemacht werde. Anschließend werden der Gemeinde aktualisierte Pläne zur Verfügung gestellt. Die Pläne werden durch die Firmen erstellt und der Gemeinde dann zur Verfügung gestellt, wenn die Gemeinde Auftraggeber der Maßnahme war, so Frau Brodkorb.

2.6 Sachstand Fertigstellung Wilhelmstraße im OT Holtwick- Herr Weber

Ausschussmitglied Weber möchte wissen, wie der Sachstand bei der Fertigstellung der Wilhelmstraße im OT Holtwick sei.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass bei der Asphaltierung der Wilhelmstraße leichter Splitt aufgetragen worden sei. Dieser werde nach Beendigung der Maßnahme noch beseitigt und die Wilhelmstraße könne anschließend normal befahren werden. Er ergänzt, dass es bei dieser Maßnahme unerwartete Probleme bezüglich des Zeitplanes zur Verlegung der Wasserleitung gegeben habe.

2.7 Sachstand Rückbau Windkraftanlage am Napoleonsweg im OT Holtwick - Herr Söller

Ausschussmitglied Söller möchte wissen, wie der Sachstand bezüglich der Wiederherstellung der Wirtschaftsweges Napoleonsweg im OT Holtwick nach Fertigstellung der Windkraftanlagen sei.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass mit Investoren der Windkraftanlagen ein Vertrag über die Wiederherstellung der Wirtschaftsweges Napoleonsweg im OT Holtwick nach Fertigstellung der Windkraftanlagen geschlossen werden solle. Es sei das Schadensbild des Weges vor Beginn der Baumaßnahmen schriftlich festgehalten worden und nach Beendigung der Maßnahme habe man nun eine Schadensbegutachtung vorgenommen, welche mit dem Investor erörtert wurde. Die Beseitigung der Schäden solle nach Abschluss der Vereinbarung voraussichtlich im Februar oder März 2018 erfolgen.

Ausschussmitglied Espelkott möchte wissen, ob die Beseitigung der Schäden vertraglich vereinbart sei.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass vor Beginn der Errichtung der Windenergieanlagen die grundsätzliche Verpflichtung vertraglich aufgenommen worden sei und falls es keine Einigung über die Beseitigung der Schäden geben solle, dass ein Gutachter mit der Betrachtung der Schäden beauftragt werden müsse. Er wünsche sich aber eine gütliche Einigung aufgrund der vertraglichen Vereinbarungen. Die grundsätzliche Pflicht zur Schadensbeseitigung sei nunmehr zu konkretisieren.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

Fachbereichsleiterin Brodkorb berichtet über die Durchführung der Beschlüsse aus der öffentlichen Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 21. September 2017.

Der Bericht wird ohne Wortmeldung zur Kenntnis genommen.

4 Genehmigung der öffentlichen Niederschrift gemäß § 24 Abs. 5 GeschO

Ausschussvorsitzender Lembeck fragt, ob es Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift über die Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschuss am 21. September 2017 gibt.

Wortmeldungen erfolgen nicht.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschluss:**

Die öffentliche Niederschrift über die Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschuss PLBUA/IX/27 am 21. September 2017 wird hiermit genehmigt.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> einstimmig

5 Aufstellung von Pollern im Bereich des Baugebietes Haus Holtwick
Vorlage: IX/571

Zu diesem Tagesordnungspunkt hat vor der heutigen Sitzung ein Ortstermin stattgefunden, im dem mögliche Lösungen unter Beteiligung der betroffenen Anwohnerschaft erörtert wurden.

Ausschussvorsitzender Lembeck und Bürgermeister Gottheil erklären sich bei diesem Tagesordnungspunkt für befangen und nehmen im Zuhörerbereich Platz.

Der zweite stellvertretende Ausschussvorsitzende Steindorf übernimmt die Leitung der Ausschusssitzung. Ausschussmitglied Schulze Baek übernimmt für diesen TOP den Platz von Herrn Steindorf.

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Steindorf verweist auf die Sitzungsvorlage IX/571 und gibt die Erläuterungen, dass die Errichtung von Pollern nicht ganz unstrittig sei. Die Einbringung der Poller 1 und 2 treffe auf große Zustimmung, während die Einbringung der Poller 3 und 4 strittig sei. Er führt aus, dass anstelle der Poller 3 und 4 auch eine verkehrsberuhigte Zone und weitere verkehrsberuhigende Maßnahmen in Betracht gezogen werden sollen.

Ausschussmitglied Weber führt aus, dass er dafür plädiere, dass die Poller nicht gesetzt werden, da sie nur einzelnen Anwohnern und nicht der Allgemeinheit dienen.

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Steindorf führt aus, dass es die Entscheidung der Straßenverkehrsbehörde sei, ob eine verkehrsberuhigte Zone/Spielstraße mit einer max. Höchstgeschwindigkeit von 6 km/h eingerichtet werde. Zuerst sei aber zu prüfen, welche Maßnahmen überhaupt umsetzbar seien, so Herr Steindorf.

Ausschussmitglied Kreutzfeldt macht deutlich, dass es keinen Konsens zwischen den Fraktionen über die Einbringung von zwei Pollern gebe. In der SPD-Fraktion sei der Beschluss gefasst worden, keine Poller einzubringen. Ein gutes Beispiel für eine Verkehrsberuhigung sei die Vorgehensweise in den Niederlanden durch Einbringung von Drempeln in den Straßen.

Ausschussmitglied Steindorf führt aus, dass ein internationaler Vergleich nicht möglich sei, da die Maßnahmen nicht miteinander zu vergleichen seien. Das „Kassler Kissen“ sei nach Ansicht von Herrn Steindorf für die Verkehrsberuhigung im Baugebiet „Haus Holtwick“ nicht die optimale Lösung.

Ausschussmitglied Espelkott führt für die WIR-Fraktion aus, dass die Einbringung der ersten zwei Poller auf Zustimmung treffe. Er führt aus, dass die Poller 3 und 4 nicht eingebracht werden sollen. Außerdem müsse die Finanzierung der Verkehrsberuhigung im Auge behalten werden, da der Endausbau der Straße bereits nahezu vollständig erfolgt sei.

Ausschussmitglied Steindorf führt aus, dass über die Einbringung der Poller 1 und 2 abgestimmt werden könne und die Einbringung der Poller 3 und 4 bzw. weitere Verkehrsberuhigungsmaßnahmen durch die Verwaltung geprüft werden solle.

Ausschussmitglied Kreutzfeldt möchte wissen, ob trotzdem eine Errichtung von Pollern erfolge, wenn die Verkehrsberuhigung durch eine Spielstraße erfolge.

Fachbereichsleiterin Brodkorb führt aus, dass die Poller im Bereich der Fuß- und Radwege deshalb erfolgt seien, da die Aufstellung eines entsprechenden Verkehrsschildes nicht möglich gewesen sei.

Ausschussmitglied Steindorf schlägt vor, die Wünsche der Bürgerschaft zu beachten. Es solle an die Verwaltung der Auftrag gegeben werden, weitere Verkehrsberuhigungsmaßnahmen zu prüfen.

Ausschussmitglied Espelkott führt aus, dass der Prüfauftrag an die Verwaltung unstrittig sei, er es aber bezweifele, dass für die in Rede stehenden Poller eine einstimmige Meinung herbeigeführt werden könne.

Ausschussmitglied Schulze Baek führt aus, dass Verkehrsberuhigungsmaßnahmen getroffen werden müssen, um die Belange der Anwohnerschaft zu wahren. Er könne sich auch vorstellen ein Parkverbot einzurichten.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag:**

Dem Bau der Poller 1 und 2 im Fahrrad- und Fußweg wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Straßenverkehrsbehörde und der Kreispolizeibehörde zu prüfen, ob es möglich ist in diesem Bereich einer verkehrsberuhigte Zone einzurichten oder/und weitere verkehrsberuhigten Maßnahmen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ausschussmitglied Steindorf verlässt nach diesem Tagesordnungspunkt die Sitzung und wird im Folgenden durch Ausschussmitglied Schulze Baek vertreten.

6 Gleichstromverbindung A-Nord zwischen Nordrhein-Westfalen und Niedersachen
Vorstellung des Projektes durch Vertreter der Amprion GmbH

Ausschussvorsitzender Lembeck begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt von der Firma „Amprion GmbH, Teilprojekt Kommunikation“ Frau Claudia Herdickerhoff und Herrn Wewering. Durch Herrn Wewering (Gesamtprojektleiter) wird das Projekt mittels einer Power-Point-Präsentation dargestellt und ausführlich und umfänglich erläutert. Die Power-Point-Präsentation liegt der Niederschrift als **Anlage I** bei.

Ausschussmitglied Eimers verlässt die Sitzung von 19.57 bis 19.59 Uhr.

Ausschussmitglied Schulze Baek möchte wissen, ob die Leitung komplett als Erdleitung verlegt werden solle.

Herr Wewering führt aus, dass von Dörpen bis Wesel eine Wechselstromleitung oberirdisch vorhanden sei, so dass eine Gleichstromleitung physikalisch als Erdkabel verlegt werden könne.

Ausschussmitglied Espelkott möchte wissen, wie viele Kilometer Gas- und Stromleitungen nebeneinander verlegt werden könne.

Herr Wewering führt aus, dass die Variante der Verlegung der Leitung vorhanden sei, über einen langen Streckenabschnitt parallel zu der Leitung von „Zeelink“ zu verlegen. Eine genaue Angabe sei nicht möglich, so Herr Wewering. Er führt aus, dass für die Leitung der „Zeelink“ ein Schutzstreifen über ca. 10 m vorhanden sein müsse und für die Leitung der „Amprion“ ein Schutzstreifen von ca. 24 m benötigt werde. Es werde bei der Baubedarfsfläche ein Abstand von ca. 15 m zwischen den Leitungen benötigt, um Spannungen im Boden ausreichend Beachtung zu geben.

Ausschussmitglied Weber möchte wissen, in welchen Bereichen das Gemeindegebiet von Rosendahl betroffen sei und ob die Belange der Betroffenen beachtet werden. Auch möchte er wissen, ob Betroffene die neue Stromtrasse dulden müssen.

Herr Wewering führt aus, dass eine Zufriedenheit aller Personen wohl nicht erreicht werden könne und eine Sinnhaftigkeit/Abwägung nach einer Bündelung vorliegen solle. Danach könne eine Ausrichtung der Verlegung konkretisiert werden.

Bürgermeister Gottheil möchte wissen, ob eine betroffene Kommune noch Einfluss auf die Entwicklung der Route nehmen könne. Auch möchte wer wissen, ob Holtwicker Bürger bei der Informationsveranstaltung in Legden anwesend gewesen seien und ob die Entschädigung für die Betroffenen sich in der Höhe der Entschädigung der Beeinträchtigungen durch „Zeelink“ bewege.

Herr Wewering führt aus, dass die Verläufe im Planfeststellungsverfahren konkretisiert und die Gedanken und Erwartungshaltungen der Kommunen dabei beachtet werden können. Er ergänzt, dass bisher noch keine Einzelgespräche mit den Eigentümern geführt worden seien. Bisher habe es einen Informationsmarkt in Legden gegeben, wo vornehmlich nur Landwirte, welche auch durch die Leitung der „Zeelink“ betroffen seien, vor Ort gewesen seien. Vielfach sei der Wunsch geäußert worden, dass die Leitungen der „Amprion“ und „Zeelink“ gemeinsam verlegt werden, um die Ausfallzeiten der landwirtschaftlichen Flächen so gering wie möglich zu halten. Er ergänzt, dass sich die Entschädigungen nicht großartig zu denen der „Zeelink“ unterscheiden werden.

Fachbereichsleiterin Brodkorb möchte wissen, ob es eine bevorzugte Trassenführung gebe und ob Betreiber von Windkraftanlagen einen Vorteil durch die neue Leitung der „Amprion“ haben.

Herr Wewering führt aus, dass eine genaue Trassenführung noch nicht feststehe. Es müsse abgewogen werden, welche Veränderungen nördlich und südlich passieren werden. Er ergänzt, dass im Januar 2018 die Trasse bekannt sei und ein Anschluss von Windkraftanlagen an die neue Leitung aufgrund des hohen finanziellen Aufwands nicht möglich sei.

Ausschussvorsitzender Lembeck möchte wissen, ob die Leitung der „Amprion“ auf jeden Fall kommen werde und ob ein Einspruch gegen die Leitung etwas bewirken könne. Auch möchte er wissen, ob dieses aufwendige und kostspielige Verfahren wirklich nötig sei, da er es als eine Art von „Geldverbrennung“ ansehe. Er vertritt die Meinung, dass der Gesetzgeber die Energiewende eingeleitet und vorgegeben habe und entsprechend bundseitig die Einschränkungen und Belastungen für Betroffene so gering wie möglich zu halten seien.

Herr Wewering führt aus, dass sich die Leitung der „Amprion“ im Bundesbedarfsgesetz befinde und bei Nichterstellung der neuen Leitung die Energiewende keinen Sinn mache und somit Kraftwerke nicht abgestellt und rückgebaut werden können. Er ergänzt, dass das Verfahren so schnell wie möglich umgesetzt werden solle und an dem Verfahren selbst nichts mehr geändert werden könne. Aus diesem Grunde müsse der vorgeschrieben Weg gegangen werden, dies aber unter Beibehaltung einer großmöglichen Transparenz. Er ergänzt, dass die bestmögliche Lösung für die 300 km von Emden bis Osterrath gefunden werden solle.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

Ausschussvorsitzender Lembeck bedankt sich bei Frau Herdickerhoff und Herrn Wewering und verabschiedet sie.

7 Kommunales Energieeffizienz Netzwerk Münsterland (KEEN);
Vorstellung des ersten Zwischenberichtes durch Vertreter der Planungsgesellschaft Bode
Vorlage: IX/568

Ausschussvorsitzender Lembeck verweist auf die Sitzungsvorlage IX/568 und gibt Erläuterungen.

Er begrüßt Herrn Jan Ortmann von der Firma „Bode Planungsgesellschaft für Energieeffizienz m.b.H.“. Dieser stellt den Zwischenbericht mittels einer Power-Point-Präsentation ausführlich und umfänglich vor. Die Power-Point-Präsentation liegt der Niederschrift als **Anlage II** bei.

Ausschussvorsitzender Lembeck verlässt von 20.21 bis 20.23 Uhr die Sitzung.

Ausschussmitglied Weber führt aus, dass er den Bericht als nicht aussagekräftig empfinde.

Ausschussmitglied Kreutzfeldt führt aus, dass Energieoptimierungen und Einsparungen über verschiedene Wege erfolgen können. Er möchte wissen, ob Überlegungen dahingehend vorgenommen worden seien, auch mal einen Abriss und einen Neubau vorzunehmen.

Herr Ortmann führt aus, dass, wenn Maßnahmen noch lohnenswert erscheinen, keine Empfehlung für einen Abriss und Neubau ausgesprochen werden. Wenn jedoch Maßnahmen aufgrund des Alters eines Gebäudes nicht mehr sinnvoll erscheinen, werden Alternativen vorgeschlagen, so Herr Ortmann.

Ausschussvorsitzender Lembeck führt aus, dass die Feuerwehrgerätehäuser in den OT´len auch mit in die Betrachtung genommen werden müssen, da über kurz oder lang geklärt werden müsse, wie weiter mit den Häusern umgegangen werde. Er möchte wissen, ob Vergleichsdaten zu anderen Feuerwehrgerätehäusern geliefert werden können.

Ausschussmitglied Söller verlässt von 20.41 bis20.43 Uhr die Sitzung

Herr Ortmann führt aus, dass eine Vorgabe erfolgen könne, auch in Bezug auf den Stand der Technik. Er ergänzt, dass bei konkreten Projekten eine genaue Betrachtung erfolgen solle, welche Maßnahmen sinnvoll seien.

Ausschussmitglied Espelkott möchte wissen, ob die Beratungen zu energetischen Maßnahmen mit im Preis enthalten oder zusätzlich vereinbart werden müssen. Er sei erschrocken, dass relativ neue Gebäude hohe Verbrauchsstände aufweisen. Deshalb müsse mit den Vereinen möglicherweise auch über das Nutzungsverhalten gesprochen werden. Auch er vertritt die Ansicht, dass der Bericht nach Ansicht der WIR-Fraktion als fraglich anzusehen sei. Er stoße sich an der fehlenden Garantie. Auch möchte er wissen, ob die Schwerpunkte durch die Verwaltung festgelegt worden seien.

Herr Ortmann führt aus, dass bei Bedarf - wie z.B. für energetische Belange - noch Zusatzleistungen dazu gebucht werden können. Er ergänzt, bei Sportanlagen müsse auch das normale Verhalten der Nutzer beeinflusst werden. Der Bericht sei als eine Art Analyse zu verstehen, welche auf Normen basiere und auf die eingereichten Unterlagen abgestimmt worden sei. Bei einer genauen Betrachtung aller Gebäude wäre das Auftragsvolumen von 18 Tagen sehr schnell ausgeschöpft bzw. Tage müssten nachgebucht werden, so Herr Ortmann. Er ergänzt, dass zunächst die öffentlichen Gebäude im Fokus stehen.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass ein Gesamtbericht vorgelegt werden solle, um Unstimmigkeiten bei Maßnahmen zu vermeiden. Auch solle die Straßenbeleuchtung thematisiert werden. Rahmendaten sollen dem Planungsbüro Bode zur Verfügung gestellt werden zum Erkennen von Nachteilen und der Möglichkeit zur Förderungsfähigkeit und Erlangung von entsprechenden Mitteln. Er ergänzt, dass bezüglich der Generierung von Fördermitteln aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (Teil 1) die Frist bis 2020 gewahrt werden müsse um ca. 200.000 € Fördermittel zu erhalten. Eine genaue Festlegung der Maßnahmen müsse erfolgen, um Mittel richtig zu beantragen und einzusetzen, so Bürgermeister Gottheil. Er ergänzt, dass ein Austausch zwischen den einzelnen Kommunen erfolge und auch weiterhin vorgenommen werde, dies auch in Bezug auf eine gemeinsame Ausschreibung von Leistungen, so Bürgermeister Gottheil.

Herr Ortmann macht deutlich, dass in den kommenden Jahren noch Veränderungen kommen können und deshalb der heutige Bericht nur eine Analyse im Sinne einer Bestandserhebung sei.

Ausschussmitglied Espelkott möchte wissen, wie viele der gebuchten 18 Tage schon verbraucht seien und warum der Bahnhof im OT Darfeld einen großen Unterschied bei der Wärmeerzeugung habe. Auch möchte er wissen, warum in der Analyse nicht alle gemeindlichen Gebäude, wie z.B. Bauhof im OT Osterwick, die Pumpstation im OT Holtwick oder die Kläranlage im OT Osterwick enthalten seien und ob diese überhaupt betrachtet worden seien.

Herr Ortmann führt aus, dass ca. 50 % der gebuchten Tage verbraucht seien.

Produktverantwortlicher Schulz führt aus, dass die Unterschiede der Wärmeerzeugung bei dem Bahnhof im OT Darfeld nicht auf bauliche Veränderungen zurückzuführen seien und somit andere Einflüsse dafür verantwortlich seien. Er ergänzt, dass zum Bauhof im OT Osterwick nur wenige Daten vorliegen.

Fachbereichsleiterin Brodkorb führt aus, dass wegen der Kläranlage im OT Osterwick das Gespräch mit Gelsenwasser geführt werde und das Gesamtkonzept der Anlage auf Energieeinsparungen überprüft werden müsse. Durch die Einsetzung eines neuen Gebläses soll es zu Einsparungen von rd. 10.000 € p.a. gekommen, so Frau Brodkorb.

Ausschussmitglied Gövert möchte wissen, ob die Objekte „Holzhackschnitzelanlage“ und Pumpstation im OT Darfeld gleich anzusehen seien.

Produktverantwortlicher Schulz führt aus, dass eine Vergleichsmöglichkeit zwischen beiden Objekten nicht gegeben sei und sich die Gemeinde bei den Klärwerken auf einem guten energetischen Weg befinde. Er ergänzt, dass ein Austausch gegen hoch leistungsfähige und effiziente Maschinen und Pumpen erst erfolge, wenn die Betriebsfähigkeit der vorhandenen Maschinen und Pumpen stark eingeschränkt und ineffizient seien.

Ausschussmitglied Espelkott äußert, dass alle gemeindlichen Gebäude energetisch betrachtet werden sollen.

Herr Ortmann führt aus, dass das Klärwerk als ein Gesamtprozess anzusehen sei und eine Betrachtung aufgrund der fehlenden Messtechnik nicht möglich sei oder einen sehr großen Aufwand habe, welches dann nur durch Zubuchen von weiteren Beratungstagen erfolgen könne.

Ausschussvorsitzender Lembeck führt aus, dass sich das Gemeindegebiet permanent verändere und es deshalb schwierig sei, einen echten Vergleich darzustellen.

Herr Ortmann ergänzt, dass sich permanent an neuen Gesetzen orientiert werden müsse und danach die Ausrichtung erfolge.

Ausschussmitglied Espelkott möchte wissen, ob die Analyse zur Beantragung von Fördermitteln herangezogen werden könne.

Herr Ortmann führt aus, dass für das Projekt „KEEN“ selbst keine Förderung erlangt werden können sondern nur für konkret umzusetzende Einzelmaßnahmen.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Der Ausschuss nimmt den Vorbericht zustimmend zur Kenntnis.

Ausschussvorsitzender Lembeck bedankt sich bei Herrn Ortmann für seine Ausführungen und verabschiedet ihn.

8 6. Änderung des Bebauungsplanes "Ortskern Darfeld" im Ortsteil Darfeld im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB)
Prüfung und Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung und der erneuten öffentlichen Auslegung gemäß §§§ 3 Abs. 2, 4 Abs. 2 und 4 a BauGB
Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB
Vorlage: IX/566

Ausschussvorsitzender Lembeck verweist auf die Sitzungsvorlage IX/566, gibt Erläuterungen und begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herr Schulte vom „Vermessungsbüro Schemmer, Wülfing, Otte“.

Ausschussmitglied Kreutzfeldt möchte wissen, warum durch das Bundesamt für Infrastruktur, Dienstleistungen der Bundeswehr zwei Stellungnahmen vorgelegt worden seien und welche für das Verfahren zu Grunde gelegt werde.

Herr Schulte führt aus, dass die zweite Stellungnahme für die Maßnahme zu Grunde gelegt worden sei. Er ergänzt, dass der Hinweis der Gebäudehöhe von ca. 12 m bewusst mit hereingenommen worden sei.

Ausschussvorsitzender Lembeck möchte wissen, ob mit den Institutionen, welche Stellungnahmen eingereicht haben, ein gemeinsamer Konsens gefunden werden konnte.

Herr Schulte führt aus, dass intensive Gespräche mit den Stellungsnahmeneinreichern geführt worden seien, es aber noch nicht den Erfolg gebracht habe, dass Stellungnahmen zurückgenommen worden seien.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass die Zuwegung sichergestellt werden müsse und die Satteldachthematik an Anlehnung an das Umfeld mit hereingenommen worden sei. Er ergänzt, dass die Stellungnahmen ausführlich beachtet worden seien und alle Interessen und Einwendungen unter Beachtung der jetzigen Vorgaben vollständig beachtet worden seien. Somit könne der Rat der Gemeinde am 30. November die Änderung des Bebauungsplanes und Satzungsbeschluss herbeiführen.

Ausschussvorsitzender Lembeck bedankt sich bei Herrn Schulte und verabschiedet ihn.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag:**

Den in der Sitzungsvorlage Nr. IX/566 in Anlage II beigefügten Beschlussvorschlägen wird zugestimmt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die ebenfalls in Anlage II aufgeführten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange keine Anregungen und Bedenken vorgetragen haben.

Der in Anlage V beigefügte Bebauungsplanentwurf zur 6. Änderung des Bebauungsplanes „Ortskern Darfeld“ im Ortsteil Darfeld im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9 41. Änderung des Bebauungsplanes "Gartenstiege" im Ortsteil Holtwick im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 Baugesetzbuch (BauGB)
Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB
Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2BauGB und der durch die Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BauGB
Vorlage: IX/565

Ausschussvorsitzender Lembeck verweist auf die Sitzungsvorlage IX/565 und gibt Erläuterungen.

Ausschussmitglied Espelkott möchte wissen, ob alle Grundstücke veräußert seien, und äußert den Wunsch, dass die Käufer mit in die Planungen einbezogen werden.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass es für ein Grundstück noch keinen Käufer gebe und bei zwei Grundstücken noch die Beurkundung des Kaufvertrages ausstehe.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag:**

Es wird beschlossen, das Verfahren zur 41. Änderung des Bebauungsplanes „Gartenstiege“ im Ortsteil Holtwick im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. IX/565 in Anlage II beigefügten Bebauungsplanentwurf durchzuführen.

Es wird die Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BauGB und die Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BauGB beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10 Antrag auf Erweiterung der geplanten Windeignungszone Midlich-Ost
Vorlage: IX/567

Ausschussvorsitzender Lembeck verweist auf die Sitzungsvorlage IX/567 und gibt Erläuterungen.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag:**

Der Antrag auf Erweiterung der geplanten Windeignungszone „Midlich-Ost“ wird zurückgewiesen, da die zugrunde gelegten Veränderungen in den Rahmenbedingungen – aufzugebende Wohnrechte – lediglich auf Absichtserklärungen beruhen und nicht rechtlich verbindlich sind.

Sollte der Gemeinderat den Beschluss zur erneuten öffentlichen Auslegung der 45. Änderung des Flächennutzungsplanes fassen, ist zur Berücksichtigung einer möglichen Erweiterung der geplanten Konzentrationszone „Midlich-Ost“ eine rechtsverbindliche Erklärung der Eigentümer z.B. durch eine Eintragung ins Grundbuch von den Antragstellern vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11 Ausbau der Kreuzung "Schulweg/Friedhofstraße" zu einer Fahrradstraße im Ortsteil Holtwick
Vorlage: IX/569

Ausschussvorsitzender Lembeck verweist auf die Sitzungsvorlage IX/569 und gibt Erläuterungen.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass der Umbau zu einer Fahrradstraße das Ergebnis von regelmäßigen Verkehrsschauen mit der Polizei und der Verkehrsbehörde (Kreis Coesfeld) sei, in welchen ersichtlich geworden sei, dass es ein Gefahrenpotenzial in diesem Bereich gebe und Probleme mit dem querenden Verkehr bestehen. Er ergänzt, dass eine umfangreiche Sanierung an dieser Stelle vorgenommen werden müsse, auch um Fahrradfahrern als vollwertige Verkehrsteilnehmer ihre Berichtung zu gewährleisten. Auch solle der Durchfahrtsverkehr minimiert werden. Der besondere Bereich der Fahrradstraße solle durch eine entsprechende Beschilderung offensichtlich kenntlich gemacht werden, so Bürgermeister Gottheil. Ein Ansatz soll im Haushalt 2018 für die Schulwegplanung und auch für die Fahrradstraße gebildet werden, ergänzt Bürgermeister Gottheil. Er führt aus, dass für die ohnehin geplante

Sanierung ohne eine Fahrradstraße ca. 25.000 € aufgebracht werden müsse und die Maßnahme mit der Fahrradstraße ca. 40.000 € kosten werde, welche er als sehr sinnvoll ansehe.

Ausschussmitglied Kreutzfeldt möchte wissen, ob in der Gesamtsumme von 40.000 € die komplette Maßnahme inklusiv der Fahrradstraße enthalten sei. Auch möchte er wissen, ob zur Verkehrsberuhigung Kissen in die Straße eingebracht werden sollen oder eine entsprechende Beschilderung vorgenommen werde.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass die Maßnahme inklusiv der Fahrradstraße ein Volumen von ca. 40.000 € haben werde. Er ergänzt, dass eventuell auch sog. Kissen zur Verkehrsberuhigung eingebracht werden können, dies aber abschließend noch nicht entschieden sei.

Ausschussmitglied Schulze Baek führt aus, dass mit verschiedenen Höhen geplant werde, und er wissen möchte, ob mit farblichem Pflaster die Kissen umsetzbar seien.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass mit farblichem Pflaster gearbeitet werde und ab dem Kirchplatz die Pflasterung instand gesetzt werden solle. Eine entsprechende Beschilderung solle die Straße komplett als Fahrradstraße auszeichnen.

Ausschussmitglied Espelkott verlässt von 21.24 bis21.26 Uhr die Sitzung.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Anschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag:**

Nach Fertigstellung des Kindergartens in 2018 wird der Kreuzungsbereich Friedhofstraße/Schulweg zu einer Fahrradstraße umgebaut.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12 Hochwasserschutz in der Gemeinde Rosendahl Sachstandsbericht

Fachbereichsleiterin Brodkorb hält einen Sachstandsbericht nach dem Hochwasserereignis am 24.06.2016 mittels einer Power-Point-Präsentation und erläutert sie ausführlich und umfänglich. Die Power-Point-Präsentation liegt der Niederschrift als **Anlage III** bei.

Ausschussmitglied Espelkott spricht Dank an die unterstützenden Personen der freiwilligen Feuerwehren der Gemeinde und der Firma „SIKA“ aus. Er möchte wissen, ob die Lagerungsmöglichkeiten für die Sandsäcke extra angemietet worden seien.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass die Lagerungsmöglichkeit ursprünglich als Warenlager für Flüchtlinge angemietet worden sei und aufgrund des vorhandenen Platzes die Einlagerung der Sandsäcke zusätzlich ohne Mehrkosten erfolgt sei.

Ausschussmitglied Schulze Baek führt aus, dass im Rahmen der Gewässerschau des Wasser- und Bodenverbandes von Seiten der sachkundigen Ingenieure die Ansicht vertreten wurde, dass das Wasser möglichst langsam fließen solle. um jedoch den Durchfluss nicht zu unterbinden, müsse andererseits jedoch auch Totholz und Unrat aus den Bachläufen entfernt werden, so Herr Schulze Baek.

Ausschussmitglied Weber möchte wissen, ob es Überprüfungsmengen und Simulationen, wo das Wasser herunter gekommen sei, gebe.

Fachbereichsleiterin Brodkorb führt aus, dass Überprüfungsmengen und Simulationen nicht vorhanden seien. Sie ergänzt, dass es viel wichtiger sei, mit den benachbarten Kommunen Zahlen und Daten zeitnah auszutauschen und einen interkommunalen Plan zu erstellen, wie bei Hochwasser bzw. Starkregen zu agieren sei. Dieses solle durch eine Kooperation mit der Gemeinde Heek ermittelt werden, so Frau Brodkorb. Sie ergänzt, dass bei der Bezirksregierung Münster Pläne über mögliche Hochwasserereignisse vorhanden seien.

Ausschussvorsitzender Lembeck führt aus, dass er die Kooperation mit der Gemeinde Heek für sehr sinnvoll halte, dies auch im Hinblick auf zukünftige Hochwasserereignisse.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass während des Schadensereignisses Kontakt mit den umliegenden Kommunen gehalten worden sei und z.B. mit der Gemeinde Legden ein Austausch stattgefunden habe. Auch er halte die Kooperation mit der Gemeinde Heek für gut und wichtig. Durch die Bezirksregierung Münster seien Nachweise über vorgenommene Maßnahmen erwünscht. Er ergänzt, dass an der „Jägerheide“im OT Darfeld und im Rahmen der Flurbereinigung Darfeld Hochwasserschutzmaßnahmen umgesetzt werden sollen und eventuell Freiflächen als Staufläche angedacht seien.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

13 Mitteilungen

Mitteilungen liegen nicht vor.

14 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (2. Teil)

14.1 Begegnungsverkehr an der neuen Kita im OT Holtwick - Herr Niehüser

Herr Niehüser möchte wissen, ob entlang der neuen Kindertagesstätte im OT Holtwick ein Begegnungsverkehr möglich sei.

Bürgermeister Gottheil führt aus, dass zu einer Einbahnstraßenregelung keine konkrete Planung vorliege. Aktuell werde mit Begegnungsverkehr geplant.

Guido Lembeck Ausschussvorsitzender	Marco Heitz Schriftführer